

## **Haushaltsrede des Mitgliedes des Rates Herrn Santillán in der Sitzung des Rates am 18.12.2018**

Eigentlich hatte ich gehofft, dass ich da jetzt nichts zu sagen kann, aber ich fühle mich jetzt durch den letzten Redebeitrag doch ein bisschen genötigt, etwas zu sagen dazu. Der Punkt „Asyl und Integration“ in dem Haushalt ist ja auch eigentlich die Umsetzung der Stadt für ein Grundrecht, das wir haben. Das Asylrecht ist ein Grundrecht. Natürlich sind nicht alles Asylbewerber. Ein ganz großer Teil der Menschen, die hierhin gekommen sind, sind geschützt durch die UN-Konvention und Völkerrecht. Die Bundesrepublik Deutschland hält sich an diese Verträge und hält sich an diese Konvention und die Erklärung der Vereinten Nationen und wir schützen diese Menschen vor Krieg, Hunger und Verfolgung. Ich finde das völlig richtig und ich stehe zum Grundrecht und ich stehe dazu, dass diese Konvention und diese Verträge auch eingehalten werden und das kostet natürlich auch Geld.

Zum Haushalt: Die Stellungnahmen und die Erklärungen von SPD- und CDU-Fraktion zu den Themen Personalkosten oder Stellenplan hören sich ja an wie ein Eingeständnis einer verfehlten Politik, die jahrzehntelang hier betrieben worden ist. Noch vor Jahren galt in dieser Stadt ein Personalkostendeckel, der von den Mehrheitsfraktionen mitgetragen worden ist, der letztendlich zu der jetzigen Situation geführt hat, dass das Personal überlastet ist und wir tatsächlich an die Grenzen der Leistungsfähigkeit der Verwaltung gekommen sind. Gutes Beispiel dafür war, dass sogar im Bereich der öffentlichen Sicherheit im letzten Jahr Privatisierungen vorgenommen worden sind. Das wird sich jetzt im Januar ändern. Trotzdem gibt es zu diesem Komplex auf Grund der Privatisierung staatsanwaltliche Ermittlungen und wahrscheinlich drohen auch Untersuchungen des Zolls wegen Verstoß gegen Mindestlohngesetz und Verstoß gegen Gesetze zur Arbeitnehmerüberlassung. Diese Situation muss sich ändern. Der Ansatz, jetzt neues Personal da einzusetzen, ist nichts anderes, als ein Feigenblatt. Strukturell ändert sich in diesen Bereichen nichts.

Tatsächlich ist dieser Haushalt eigentlich dafür da, letztendlich nur die sozial schwächeren und die Arbeitnehmer in die Pflicht zu nehmen. Die Gewerbesteuer in Bergisch Gladbach gehört nach Odenthal zu den niedrigsten in der Region und ist eine der niedrigsten in den Nachbarstädten. Schauen Sie sich die Gewerbesteuerhebesätze in den anderen Städten drum herum mal an. Tatsächlich wird durch den Finanztrick – Finanztrick würde ich ihn ja nicht mal nennen, sondern es ist tatsächlich nichts anderes, als ähnlich wie Dividenden-Stripping oder auch Cum-Ex genannte Transaktionen, die intransparent sind, wo Leerverkäufe und sonstige Sachen verdeckt werden und Doppelbuchungen geschehen – dieser Finanztrick ist nicht nur intransparent, sondern auch ein Selbstbetrug dieses Stadtrates und damit auch ein Betrug der Bürgerinnen und Bürger.

Interessant finde ich noch die Ausführungen von der SPD-Fraktion zu dem Thema Wohnkonzept. Als ich 2009 das erste Mal in diesem Stadtrat war, war eines der ersten Themen, mit denen DIE LINKE. sich befasst hat, eine Frage von Menschen, die obdachlos waren und in Bauwagen gelebt haben. Danach haben wir uns über Jahre und immer wieder zu den Fragen der Wohnungssituation und des sozialen Wohnungsbaus geäußert, auch Anträge hier gestellt und immer wieder Forderungen erhoben, dass man endlich mehr Anstrengungen übernehmen soll. Die wurden immer, auch von der SPD, von allen Ratsfraktionen übergreifend immer wieder abgelehnt und es wurde nichts unternommen. Plötzlich entdeckt man dieses Thema, als wäre es gestern oder vorgestern erst entstanden. Ich freue mich darüber immerhin ein Stück weit, weil, es gibt mir Hoffnung, dass in diesem Bereich noch mehr passiert. Allerdings kann ich das in diesem Haushalt nicht erkennen.

Dieser Haushalt ist und bleibt, wie die Haushalte zuvor, unsozial, ohne Perspektive für ökologische Projekte in dieser Stadt, ohne Perspektive für nachhaltigen Klimaschutz. Es hat keinerlei Konzept für eine strukturelle Änderung, Reformen bestehen in diesem Sinn. Dieser Haushalt, gerade dieser Doppelhaushalt, soll durch dieses zweijährige Bestehen diesen Rat in seiner höchsten Pflicht, die er eigentlich hat, oder vornehmsten Pflicht – das ist eben der

Beschluss des Haushaltes, dafür sind wir eigentlich gewählt worden – soll hier ausgebremst werden. Dieser Haushalt ist weder bürgernah, noch sozial, noch ökologisch, und als Vertreter der Linken in diesem Stadtrat werde ich diesen Haushalt ablehnen.

*[Die Niederschrift der Haushaltsrede erfolgte durch die stellvertretende Schriftführung des Rates.]*